

fr. Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
postmöglicher Aufstellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., unzahl. Zustellungs-
gebühren. Bestellungen werden von allen
Postämtern angenommen.
Am nächsten Zeitungsberechtigten
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen
Für unentgeltlich eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe:
„Saale-Ztg.“ gestattet.

Redaktions- und Verlagsadresse:
Halle, Markt 24 Nr. 22a.

Saale-Zeitung.

Staubverlegter Jahrgang.

werden die Spaltenzeit oder deren
Raum mit 50 Pf., solche aus Halle mit
20 Pf. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von unteren Annoncenstellen
und allen Annoncen-Expeditoren an-
genommen. Retikelen die Seite 75 Pf.

Ercheint wöchentlich dreimal,
Sonntags und Montags einmal,
sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, G. Sandauststraße 17;
Rebengasse 11; Markt 24.

Nr. 229.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 18. Mai

1907.

Politische Wochenschau.

Die Reichstagsberatung bis zum November machte
einen ziemlich unfruchtbaren parlamentarischen Sessions-
abschnitt ein Ende. Der nächste Sessionsabschnitt soll um
so ergeblicher sein. Große Reformen auf wichtigen Gebieten
der inneren Politik stehen bevor. Der Reichstag hat in
Resolutionen die Richtung angedeutet, in der er den weiteren
Ausbau der Gesetzgebung in Angriff genommen wissen will.
In seiner verflochtenen Tagungsperiode brachte er im wesent-
lichen nur den Etat mit dem föderalen Staatssekretariat,
der Erhöhung der Farmerentschädigung und den Bahnvor-
lagen zur Erledigung. Nicht einmal die Reform des Wajer-
schaftsbevollmächtigten kam zur Sprache. Nur das aller-
niedrigste fand Erledigung, so wurde schließlich noch
einigen internationalen Verträgen mit demjenigen, welche
durch den Weltkongress erforderlich geworden sind, wie
dem deutsch-amerikanischen Handelsprotokoll, dem griechisch-
deutschen Auslieferungsvertrag und dem deutsch-türkischen
Holländerverträge zugestimmt. Sozialpolitische Fürjörge
ließ der Reichstag speziell den Beamten angehen, deren
Lohn der preussische Landtag in hervorragendem
Maße annahm. Das Abgeordnetenhaus nahm vor den
Bürgern u. a. noch die Berggesetznovelle und das Jagd-
gesetz, dem Eisenbahnangehörige und dem Beamtenge-
setze. Die Landtagstagung nach Pfingsten wird jeden-
falls nicht allzulange Zeit mehr in Anspruch nehmen.

Der drohende Fiskusalt im deutschen Flottenbau
wurde auf der Kölner Tagung durch gegenseitige Erklärungen
beiläufig. Die geforderte Haltung des Vorstehenden, Fürsten
Salm-Syrmara, trug wesentlich dazu bei, die Schwierigkeiten
zu überwinden. Beide Gruppen, die des Generalmajor
Stein sowohl wie die bayerische Gruppe unter dem Freiherrn
von Würzburg, einigten sich wieder unter förmlichen
Bedingungen. Wenn auch der Chauvinismus etwas hart
überhandlung, so mag man man darin doch kein großes
Kapitalverbrechen zu erblicken. Das gehört nun einmal zum
Spiel in einem nationalen Agitationsverein. Der Reichstag
wird schon, wenn es not tut, die erforderliche Besonnenheit
entfalten und bei Flottenvorlagen die Zeitungsabgibt der
Steuerabgabe mit in Rechnung stellen. Wenn General-
major Stein nun nach der Kölner Tagung eine Agitation
zum beschleunigten Ausbau der deutschen Flotte einleitet,
so wird man seinen Stürmen und Begehren zumal bei dem
unangenehmen Zustand der Reichsanlagen sich nicht allzu will-
fährig erweisen können. Die Erweiterung des Kaiser
Waffenfabrikats und die Erhöhung aller Beamtengehälter
nimmt so sehr die finanziellen Kräfte des Volkes in Anspruch,
daß man weitere Forderungen unbedingt zurückstellen sollte.
Die nach Ablauf der Reichstagsarbeiten einsetzende Getreide-
teuerung eröffnet keine erfreulichen Perspektiven. Die
Anstich, daß es nötig sein werde, zu einer zeitweiligen
Suspendierung der Getreidepreise zu schreiben, hat bei den
Marktieren bereits eine starke Polemik hervorgerufen. Die fortwährende
Geldknappheit mit den hohen Diskontsätzen trägt gleich-
falls nicht dazu bei, die Lage als beorgungslos erscheinen zu
lassen. Dazu kommen die steten Ausprägungen und Streiks,
die den Wirt zahlreicher Geschäftszweige zur Folge haben.
So ist nach Beilegung des Konflikts im Holzgewerbe nach
vergeblichen Vermittlungsversuchen für Sonnabend eine
Kiesenausprägung im deutschen Baugewerbe zu
erwarten. Natürlich wird das große Publikum schließlich
wieder die Kosten des Lohnkampfes zu tragen haben. Auf-
sehen erregte die Bekanntgabe eines Erlasses Rheinabwärts
gegen die Beamten, worin dieselbe Tendenz zum Ausdruck
kam wie in dem längst viel erörterten Weismann-Hollwegischen
Erlasse. Es kann nicht ausbleiben, daß dieser Erlaß gleich-
falls noch im Parlament eine Kritik erfährt. Das man
von Putzamer's Entsendung nach Kamerun endgültig
abgegeben hat, scheint sich die Kolonialverwaltung als großes
Verdienst anrechnen zu wollen. Es war nur selbstverständ-
lich, ebenso wie die Einlegung einer Verurteilung durchaus
gehört war. In der Frau des verstorbenen Königs
frage sollen für die Wahl des Herzogs Johann Albrecht
von Mecklenburg die Vorbereitungen getroffen sein. Die
Wahl selbst wird erst nach Pfingsten stattfinden.

Die Wahlen zum Reichstagspräsidenten haben
den Sozialdemokratie, während die Christlich-Sozialen sich
mit Hilfe des Wahlschwangs in Niederdeutsch und Wien
behaupteten. Eine Gesamtergebnisse vorliegen, ist ein
abschließendes Urteil über die parlamentarische Aktionsfähigkeit
nicht möglich. Tittonis große politische Weisheit die
Verordnung vor einer italienischen Sonderpolitik zurück.
Italiens Haltung auf der Haager Konferenz wurde in
bemerkenswerter Offenheit charakterisiert. Tittoni steht
prinzipiell auf dem Standpunkt der beiden übrigen Dreißig-
staaten, billigt ideell das hochmögliche Bestreben, welches
Campbell-Bannerman zu seinem Abrüstungsvorschlag bewegen
hat, und hält es tatsächlich für zweckmäßig, sich von der Be-
ratung dieser Frage nicht auszuschließen. Der italienische
Staatsmann glaubt indes, daß England selbst eingesehen
habe, daß die Abrüstung kein Problem der Gegenwart,
sondern allein der Zukunft sei, und ist überzeugt, daß
Campbell-Bannerman einen großen Wert auf die Behandlung
dieser Frage in Haag nicht mehr legen werde.

In Frankreich erlangt Clemenceau nach bestigen
Debatten in der Deputiertenkammer einen großen Sieg, der
ebenfalls sehr von der Geslossenheit und Einmütigkeit der
radikalen und sozialradikalen Partei zeugte wie von der
Eintracht des Ministeriums. Richon erlebte inzwischen die

Genehmigung, daß die neue Antwort des Sultans von
Marokko, die auf die französischen Forderungen in der
Mauclamps-Angelegenheit eingelaufen ist, volle Genehmigung
trifft. Ueber die Lage in Marokko kamen widersprechende
Nachrichten nach Europa. Die Niederlage des Roghi kann
als großer Triumph der Sultankruppen gelten.
Hoffentlich kommt nun bald die marokkanische Frage zur
Reihe.

Die Londoner Kolonialkonferenz endete ohne große
positive Entscheidungen. Der koloniale Reichsverband ist
geblieben. Neu in Indiens Besondere wurde von Eng-
land ignoriert und zeitliche neue Bestimmungen einer
britischen Kolonie gegen das Mutterland. Die Revolte in
Indien hat zu scharfen Repressivmaßnahmen geführt.
Die Bewegung wird vermutlich bald wieder unterdrückt sein.
In Transvaal, wo im Mangethe Arbeiterunruhen aus-
gebrochen sind, mußte zur Mobilmachung geschritten werden.
In einer Uebergangsperiode befindet sich Portugal, das
sich zur Zeit einer ministeriellen Umstrukturierung unter-
worfen sieht. Eine allgemeine Landesbesprechung ist dagegen
in die Wege geleitet. Höchst trübe Zeiten sind über den
Liberalismus in Spanien hereingebrochen, der nur so
wenige Mandate für die Cortes erbrachte, daß er beschloß,
sich von den Parlamentarierverbindungen fern zu halten.
Eine Reform des spanischen Wahlrechts würde jedenfalls
nicht ganz unangebracht sein.

Ein Nachspiel zu dem Venezuela-Konflikt kündigt die
Melbung an, daß Venezuela sich mit der Absicht trägt,
seine 17 Millionen Bolivars Schulden an die deutschen,
englischen und italienischen Gläubiger zu bezahlen. Offenlich
wird die Absicht ausgeführt. Zur Präsidentenwahlkampagne
in den Vereinigten Staaten verläutet, daß Roosevelt sich
für die Kandidatur Tafts entschieden habe. Was die
russischen Vorgänge betrifft, so erweckte die Ver-
teilung General Stojkows, des „Helden“ von
Port Arthur, Aufsehen. Ob an den vielfachen Ge-
büchten über Komplotte auf den Jaren etwas Wahres
war, blieb freier Vermutung anheimgegeben. Die Zuma
hat sich beim Kaiser in Anerkennung gezeigt. Es verläutet,
daß Solomin den Kaiser erhalten habe, ihn jederzeit über
den Gang der Verhandlungen zu informieren. Damit ist
eine Epoche gegenseitigen Vertrauens in der Begründung
begonnen. F. W.

Deutsches Reich.

Das und Personalnachrichten.

Der Kaiser beehrte gestern nach einem Spazierritt
die Kaiserin zum Bahnhof, die zum Besuche des Prinzen
August Wilhelm um 9 Uhr 50 Minuten nach Bonn fuhr.
Am Abend fuhr die Kaiserin nach Potsdam zurück. — Aus
Bonn wird gemeldet: Die Kaiserin ist in Begleitung der Prin-
zessin Viktoria Julie und der Prinzessin Alexandra Viktoria von
Dachau-Glücksburg am 12. Uhr in Bonn eingetroffen. Auf
dem Bahnhof waren Prinz August Wilhelm und Prinzessin
Viktoria, die Gemahlin des Prinzen Adolf zu Schaumburg-
Lippe, zum Empfang anwesend. Nach herzlichster Begrüßung, wobei
Prinz August Wilhelm im offenen Automobil zur Kaiser-
lichen Wägen in der Begleitung. Die zahlreich angekomme
Wenige begrüßte die Kaiserin und ihre Begleitung mit förmlichen
Grußworten.

Fürst Karl zu Hohenhausen-Lauenburg, der Bruder
des Staatssekretärs von Ost-Preußen, ist in Salzburg
gestorben.

In München ist der kaiserliche Gesandte z. D. Dr. Otto
Schmidt-Leba im Alter von 55 Jahren gestorben.

Der Generalleutnant a. D. Otto von Drono ist am
16. Mai in Weidenbrunn in Braunschweig, wo er auch am
7. Februar 1844 geboren war, gestorben. Er war zuletzt
Kommandeur der 28. Division.

In Berlin ist der 28. März des Abgeordneten-
hauses, Ritterauk und Reichstagsmitglied Senator Wesse (natl.),
im Alter von 76 Jahren gestorben.

Grenzen erzbischoflicher Gewalt.

Die Frage, ob Bistum Grandidier nach seiner Wahl den
liberalen Parteien auch nur als Hospitant betreten werde, wird
von ultramontanen Zeitungen noch immer behauptet und meistens
dabin beantwortet, daß der Papst sich doch wohl dem er-
schicklichen Willen anzuwenden werde. Eine Entscheidung, die
Zustimmen scheint ihnen unmöglich. Der Erzbischof, laien hier,
hat das ganze Leben seiner Geistlichen zu bewachen und zu
beeinflussen. Das man aber im Bedarfsfälle auch anders
sprechen kann, beweist die „Straßburger Wilt“. Sie erinnert
daran, daß in der Sitzung des preussischen Herrenhauses vom
letzten Freitag die Erwählung auch auf den Eintritt der bei der
letzten Reichstagswahl ausgeschiedenen liberalen Geistlichen in
die polnische Fraktion kam. Dabei erklärte der Bischof
Geheime Rat, Major a. D. Graf Valentin, der ehemalige
Reichstagspräsident, nach dem Sinnemgang der „Germania“
wörtlich:

Wenn Fürst Bischoff den Herrn Kardinal Kopp von
Weissen als Gesandter zittert hat, daß derselbe den Herren
nicht werden hat, die polnische Fraktion eintritt, so hat
der Herr Kardinal dies gar nicht tun können, denn der Eintritt
in die Fraktion ist keine religiöse Handlung, und der Herr
Kardinal hat nur Einfluß auf seine Geistlichen.
Der Herr Kardinal hätte ja seinen sämtlichen Geistlichen verbieten
können, sich wählen zu lassen, weil er das im Interesse der
Seeliger für notwendig gehalten hätte. Es hat jedoch ge-
laubt, dies nicht tun zu lassen. Aber ein Verbot gegen den
Eintritt in die polnische Fraktion konnte er nachdem nicht er-
heben lassen.

Da man nun den Eintritt Grandidiers in die liberale Fraktion
unmöglich als religiöse Handlung betrachten kann, und da das
Zin des bapstlichen Geistlichen dem der obererliegenden auf ein

Sogar gleich, wird Erzbischof Alzet, wenn er im Sinne des
Grafen Valentin handeln will, seine Beeinflussung endgültig
aufgeben müssen.

Der deutsche Monistenbund

veröffentlicht in Berliner Wätern eine Vernehmung gegen die
Angriffe, die im preussischen Exerzierhaus wider den Bund und
seinen Ehrenvorsitzenden, Professor Dödel, gerichtet worden sind.
Der Generalsekretär des Bundes, Dr. Heinrich Schmitt-Jeno,
protestiert gegen die „denunziatorische Art“, mit der Professor
Reintz-Kiel, ein Kolter Richter, den Monistenbund als eine
Schar von Zonitieren bezeichnet habe. Er war die Angriffe, die
eine an sich schon reaktionäre Regierung gegen fortschrittliche
Regungen schart machte, zeigten aus allerdeutlich, wie
bringen notwendig der Bund dem deutschen Volke lie. Die
ständig wachsende Gefahr, womit Ostpreußen und Westfalen
besonders unter der Herrschaft, unter gekanntem wissenschaftlichen
und religiösen, sozialen und politischen Leben bedrohten, könnte
nur durch ein energetisch Zusammengehen aller unabhängig
geleiteten treibendsten deutschen Männer und Frauen eingedämmt
und abgewehrt werden. Die weiteren Ausführungen bezeichnen
die Ziele des Monistenbundes, die im letzten Ende hinauslaufen
auf eine völlige Trennung von Kirche und Staat.

Politik.

— Nummer hat sich auch des Zentralorgan der deutschen
Sozialdemokratie, daß der Rede des sozialdemokratischen Abg.
Röste im Reichstag über die Stellung der Sozial-
demokratie zu einem Deutschland aufgedungenen
Kriege an dem Tage, an dem die Rede gehalten wurde,
warme Anerkennung gesendet habe, unter dem Druck der „Aus-
sichtungsstimmung“ der „Reichs-Volkstimme“ über den unverständlichen
Marxistischen Standpunkt zu der „besseren Erkenntnis“ hindurch-
gemauert, daß Röste doch bezeichnend von dem Wege der reinen
sozialistischen Lehre abgewichen sei. Während selbst Rebel noch
den Gesinnen Röste in seinen späteren, demselben Thema ge-
widmeten Ausführungen ziemlich ungeschoren gelassen hat, erklärt
der „Vorwärts“ jetzt ex cathedra, daß „Genosse Röste es an der
nötigen Klarheit und scharfen Definition in seinen
Aussagen fehlte“. Die Unterlassung der für einen
Sozialdemokraten unbedingt gebotenen Einschränkung, daß die
Partei sich über den Begriff des „italienischen Angriffs“ selbstver-
ständlich ihre eigene Meinung gegen die der Bourgeoisie vor-
behalten müsse, bedeute „eine Stärkung der deutschen
Säbelrassel“, eine Verwässerung der Gefahr für den
Frieden“. Offenlich würde die notgedrungene Kritik an dieser
Rede darin, daß Tittoni auf die scharfe Wärtung der
Trennungsgrenze zwischen der Sozialdemokratie und den bür-
gerlichen Parteien in der Frage des Krieges und des Militarismus
mehr Gewicht gelegt wird in den Reihen unserer Partei, als
im Reichstag. Dies gegen den „Genossen“ Röste ausgebrochene
Verwahrung richtet sich in derselben Schärfe natürlich auch gegen
Rebel, der sich ja in seiner späteren Rede dieselben Verbrechen
schuldig gemacht hat; nur mag man vorläufig noch nicht, gegen
den „Alten“ öffentlich so scharf vorgehen. Es wird wohl nicht
eher besser werden, als bis der Barthelet einen Maß erlassen
hat, wonach sämtliche sozialdemokratischen Abgeordneten ver-
pflichtet werden, das Konzept ihrer Reden die sie im Reichstag
im Auftrage der Fraktion zu halten haben, erst dem Zeitungs-
Verlegungs-Stabschefen-Sitzungsbüro zur Begutachtung vorzulegen!

See- und Flotte.

— Kaiserliche Marine. Fürst Bischoff ist am 16. Mai
von Ranting nach Schanghai abgegangen. Torpedoboot „S 90“
mit dem Chef des Kreuzerregiments „S 90“ am 16. Mai von
Ranting nach Ostau (am Dampfer) abgegangen. „Tiger“ ist
am 16. Mai in Ranting eingetroffen und an demselben Tage
nach Ostau (am Dampfer) weitergegangen. Kreuzerboot
„Vorwärts“ ist am 16. Mai in Ostau (am Dampfer) ein-
getroffen. „Velsa“ ist am 17. Mai in Ostau eingetroffen.

Politik.

— Die Geheimräte Conze und Schöner wurden als Dire-
ktoren für das neue Kolonialamt in Aussicht genommen.

Ausland.

Auf der deutschen Botschaft in Paris

land gehen abend ein Diner hat, welchem der Fürst von
Moussaco, der Botschaftsminister von Berlin und mehrere
Minister und Diplomaten beizuhören.

Französische Ferienkolonisten in Deutschland.

Der französische Klub für deutsche Konventionen in Paris
wird im Verein mit einem Ausschuss, dem u. a. mehrere er-
achtete Wärtler angehören, die Entsendung einer französischen
Ferienkolonne nach Deutschland. Ein Zentralausschuss in Düsseldorf
und Ortsausschüsse in mehreren deutschen Städten unter-
stützen diese Unternehmung. Derselbe Klub wird Mitte Juni
einen auf mehrere Tage berechneten Ausflug nach Düsseldorf
unternehmen.

Englische Vorbereitungen zur Haager Konferenz?

Das Netherliche Bureau meldet: Die Wärtler von Ports-
mouth und Devonport haben Befehl erhalten, die Kisten für
zwei weitere „Dreadnoughts“ zu laden, sobald im Juli oder
August die beiden Schiffe der Dreadnought-Klasse, „Belierophon“
und „Teneriffe“, von Stapel gelassen sind.

Eine neue Zivonagenaffäre.

Auf Antrag der Wärtler Staatsanwaltschaft wurden in Antio-
chia, Alexandria drei Personen verhaftet, welche be-
schuldigt werden, Kopien der Verfassungen des Kaiser von
Mexiko entwendet und an einen Ausländer verkauft zu haben.
Die französische Botschaft ersuchte von diesem Diebstahl durch das
Schreiben eines in London lebenden Holländers, der sich erbot,

